

Initiative der Piraten SH: Ostseeparlamentarier diskutieren Urteil gegen Pussy Riot

Eine Delegation des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags fuhr vom 26. bis 28. August, also kurz nach Bekanntgabe des Urteils gegen die russische Künstlergruppe „Pussy Riot“, zur Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) nach St. Petersburg in Russland.

Angelika Beer (MdL), für die Piratenfraktion Mitglied der Delegation, berichtet dazu folgendes:

„Da Menschenrechte für uns Piraten grenzenlos sind, habe ich als Mitglied der Delegation eine Woche vor der Abreise das Urteil zu zwei Jahren Lagerhaft gegen drei Mitglieder der Gruppe im in Kiel thematisiert, die anderen Fraktionen darauf angesprochen und einen gemeinsamen Textvorschlag unterbreitet. Es war uns wichtig, eine gemeinsame Position zu finden und nicht kommentarlos nach Russland zu reisen. Diesem Anliegen haben sich die anderen Fraktionen leider nicht angeschlossen. Als Kompromiss wurde vereinbart, mit allen deutschen Abgeordneten (MdLs und MdBs) nach Ankunft in St. Petersburg das Urteil zu diskutieren und eine gemeinsame Position zu finden. Dies ist direkt nach Ankunft am 26. August geschehen. Die Diskussion beinhaltete eine kritische Bewertung der Situation in Russland, auch im Hinblick auf die Verfolgung von Journalisten, die Verschärfung der Gesetze gegen ausländische NGOs und die Auswirkungen des Modernisierungsprozesses Putins auf die Gesellschaft.

Während der Plenardiskussion am 27. August ergriffen mehrere Abgeordnete, u.a. aus Dänemark, Schweden, Island und Deutschland, das Wort und äußerten deutliche Kritik an der Unverhältnismäßigkeit des Urteils gegen Pussy Riot. Für die deutsche Delegation sprach der Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies, der unsere Erwartung, dass das Berufungsverfahren zu einem anderen Urteil kommen wird, unterstrich. Er sagte unter anderem, dass die Aktion von Pussy Riot zwar eine Provokation, aber kein Verbrechen gewesen sei. Die Antwort von russischen Abgeordneten kam natürlich prompt. Sie verwiesen darauf, dass sie ja auch nicht diskutieren würden über Assange oder Breivik und appellierten an die anwesenden Parlamentsvertreter, doch Gesetze, egal in welchem Land, zu achten.

Die noch amtierende russische Präsidentin der BSPC fasste die Diskussion moderat zusammen: Toleranz und Menschenrechte seien wichtig und sollen durch die Zusammenarbeit in der BSPC gestärkt werden. Die russische Justiz sei eigenständig. Man könne auf sie vertrauen. Es gäbe die Möglichkeit der Berufung, und sie gehe davon aus, dass die drei davon Gebrauch machen würden.

Wir werten es als Erfolg, dass eine solche Diskussion in Russland selbst möglich war und stattgefunden hat. Auch in der offiziellen Pressemitteilung des Schleswig-Holsteinischen Landtages wird darauf verwiesen:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2012-08/30/12-48-36-49f0/PI-UD9FBEnw-lt.pdf>

Weitere Links zu Artikeln und Stellungnahmen zu Pussy Riot:

Russische Piraten üben differenzierte Kritik am Urteil:

<http://www.piratenpartei.de/2012/08/27/russische-piraten-ublen-differenzierte-kritik-am-urteil-gegen-pussy-riot/>

<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/russland-putin-lagerhaft-fuer-pussy-riot-angemessen-11881088.html>

<http://www.rp-online.de/politik/ausland/wir-wollen-revolution-1.2978747>

Spiegel vom 3.09.2012 „Wir wollen eine Revolution“:

<http://www.spiegel.de/spiegel/vorab/russland-pussy-riot-wollen-eine-revolution-a-853358.html>